

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/31

14. Februar 1975

Zurück zum Verwehrrvollzug ?

Zu den Ansichten eines CDU-MdB über den Zweck des  
Strafvollzugs

Von Dr. Hans de With MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Justiz

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Eine Tendenzwende in der CDU

Entwicklungspolitische Leitlinien der Union im Kiel-  
wasser der Bundesregierung

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagauwausschusses für wirtschaft-  
liche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Klares CDU-Konzept: Heute so, morgen so

Die Beschlüsse der Union stören den Berufsbildungs-  
experten Dr. Gölter wenig

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

CDU-Entwicklungspolitik schwenkte auf Regierungskurs um

Seite 7 und 8 / 91 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhof 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 28 37-38  
Telex: 02 28 848-48 pphnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 97 66 11

Zurück zum Verwehrvollzug ?

Zu den Ansichten eines CSU-MdB über den Zweck des Strafvollzugs

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Der CSU-Vertreter im Strafrechtsausschuß des Bundestages, MdB Carl-Dieter Spranger, hat sich dahingehend geäußert, daß § 2 des Regierungsentwurfs für ein Bundesstrafvollzugsgesetz mit der Definition des Behandlungsziele sowie einige andere Bestimmungen auf den Widerstand der CDU/CSU stießen. Das Verbrechen dürfe "entgegen sozialistischer Ideologie ... nicht als Gesellschafts- oder Individualkrankheit verniedlicht und 'behandelt' werden". Diese Ausführungen lassen nur den Schluß zu, daß dieser CSU-Abgeordnete die Konzeption des Regierungsentwurfs zum Bundesstrafvollzugsgesetz entweder falsch interpretiert oder nicht verstehen will oder aber sich anschiekt, den Boden der bisher gemeinsamen Plattform für diese so wichtige - wenn auch nicht populäre - Reform zu verlassen. Letzteres wäre um der Sache willen bedauerlich.

Das in § 2 des Entwurfs beschriebene Behandlungsziel stellt die Bedeutung einer rückfallmindernden Behandlung für den Strafvollzug heraus. Diese Aufgabe steht nicht mit dem für einen Rechtsstaat selbstverständlichen Grundsatz im Widerspruch, daß eine Verurteilung wegen einer Straftat nur bei dem Vorliegen persönlicher, vorwerfbarer Schuld auf Seiten des Täters erfolgen kann. Dafür hat der Täter den Freiheitsentzug hinzunehmen. Das Behandlungsziel muß aber mit Rücksicht darauf herausgehoben werden, daß der Strafvollzug seinem gesellschaftlichen Auftrag nur genügen kann, wenn er die Gesellschaft nicht nur während der Freiheitsstrafe selbst vor Rückfalltaten schützt, sondern auch für die Zeit danach.

Wenn sich der CSU-Abg. Spranger dagegen wehrt, daß "Ordnungsmaßnahmen im Vollzug ... nur bei ausdrücklicher gesetzlicher Regelung möglich" sind,

wirft er nicht nur die Frage auf, ob denn Ordnungsmaßnahmen im Vollzug etwa ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung sollen verhängt werden dürfen. Er wirft indirekt auch die Frage auf, ob der Täter über den Freiheitsentzug hinaus Einschränkungen hinnehmen soll und welchen Erfolg diese - von der Zufügung eines persönlichen Übels abgesehen - haben könnten. Einschränkungen in Richtung auf einen Verwahrvollzug unter bloßen Sicherheitsgesichtspunkten sind in besonderem Maße geeignet, Lebensuntüchtigkeit und Kriminalitätsanfälligkeit des verurteilten Täters zu fördern. Es bleibt zu hoffen, daß solche Äußerungen, die an Überwunden geglaubte Epochen erinnern, die eines Einzelgängers bleiben.

Die Konzeption des Regierungsentwurfs zum Strafvollzugsgesetz ist weit davon entfernt, den Strafvollzug - wie sich Spranger ausdrückt - "in eine Art Krankenhausvollzug" umzufunktionieren. Die Auffassung des CSU-Abgeordneten, daß die Freiheitsstrafe grundsätzlich in geschlossenen Anstalten vollzogen werden sollte, muß zurückgewiesen werden. Der Vollzug aller Freiheitsstrafen in geschlossenen Anstalten wäre nicht nur unwirtschaftlich, sondern auch inhuman und sinnlos. Die finanziellen Aufwendungen und Sicherungsmittel des geschlossenen Vollzugs würden dann auch auf Gefangene angewandt werden, die längst ihren Frieden mit der Gesellschaft geschlossen haben und nur noch ihre Freiheitsstrafe "hinter sich bringen" sollen. Außerdem wird übersehen, daß der Schutz der Rechtsgemeinschaft vor künftigen Straftaten erst dann optimal gewährleistet ist, wenn die Gefangenen im Vollzug auf die Bedingungen eines Lebens in Freiheit vorbereitet werden. Dazu dienen der offene Vollzug, der Urlaub und andere Lockerungen.

Wenn der CSU-Abg. Spranger schließlich fordert, daß das Ordnungsrecht flexibel ausgestaltet sein müsse, rennt er offene Türen ein. In den Titeln über Sicherheit und Ordnung, unmittelbaren Zwang und über die Disziplinarvorschriften zeichnet sich der Regierungsentwurf zum Strafvollzugsgesetz gerade durch ein flexibles Ordnungsrecht aus. In den Vollzugsanstalten soll den Vollzugsbehörden die notwendige gesetzliche Grundlage gegeben werden, die Aufgaben des Vollzuges sachgerecht zu erfüllen und ein menschenwürdiges Zusammenleben in den Anstalten notfalls auch mit Eingriffen zu gewährleisten. Nicht zuletzt die Aufgabe des Hungerstreiks durch die kriminelle Vereinigung Baader-Meinhof hat gezeigt, daß ein Handeln des Vollzuges im Rahmen der geltenden Grundordnung zu einer angemessenen Lösung des Problems des Hungerstreiks geführt hat und kein Sonderrecht erforderlich ist.

(-/14.2.1975/ka/pr/ea)

+ + +

Eine Tendenzwende in der CDU

Entwicklungspolitische Leitlinien der Union im Kielwasser der Bundesregierung

Von Dr. Lutz Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die diesjährige Haushaltsdebatte läßt ein Ergebnis erwarten, das der Bundestag seit Jahren nicht mehr erlebt hat: Die CDU/CSU-Fraktion - oder zumindest doch der Teil ihrer Abgeordneten, der sich zur größeren der beiden Schwesterparteien bekennt - wird dem Etat des Entwicklungsministers geschlossen zustimmen. Hier zeichnet sich eine "Tendenzwende" ab, die noch im letzten Jahr niemand für möglich gehalten hätte. Was ist passiert?

Die CDU/CSU hat ihre seit zwei Jahren angekündigten entwicklungspolitischen Leitlinien vorgelegt, vorerst zwar nur im Rohentwurf, jedoch bereits mit so deutlichen Konturen, daß Fachleute gleichsam den kleinen Bruder der in aller Welt geachteten entwicklungspolitischen Konzepte der Bundesregierung vor sich zu haben glauben. Nichts wird der interessierten Öffentlichkeit, die den fruchtlosen Streit der letzten zwei Jahre über den richtigen Weg zu weltweiter Partnerschaft und Entwicklung mit zunehmendem Unbehagen verfolgte, so gut tun wie ein Vergleich der CDU-Leitlinie mit den erklärten Zielen der Bundesregierung.

Da nicht anzunehmen ist, daß die CDU/CSU ihre neuen Leitlinien nur als unverbindliches Spielmaterial betrachtet, wird sie bei soviel öffentlichem Bekennermut nicht umhin kommen, dem Etat, mit dessen Hilfe ihre Vorsätze allein in die Tat umgesetzt werden können, im Bundestag ihre Zustimmung zu geben. Die Zeiten, in denen die Opposition nach Belieben "Bäumchen-wechsele-dich" spielen konnte, sind jetzt vorbei. Zukünftig genügen nicht mehr verbale Bekenntnisse zu hohen entwicklungspolitischen Zielen. Jetzt wird verlangt, daß die CDU/CSU auch die Verantwortung für eine auf diese Ziele ausgerichtete praktische Politik mit übernimmt.

Den gebührenden Respekt vor der Lernfähigkeit ihrer entwicklungspolitischen Sprecher wird der CDU/CSU-Fraktion niemand verwehren. Man wird auch gern vergessen, daß es ausgerechnet die Abgeordneten der CDU/CSU waren, die noch vor wenigen Wochen im Haushaltsausschuß die für Entwicklungs-

hilfe veranschlagten Mittel kürzen wollten, während der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl zur gleichen Zeit öffentlich davor warnte, "unsere eigenen Schwierigkeiten zum Anlaß zu nehmen, um immer weniger Entwicklungshilfe zu leisten". Man wird stattdessen eine intensive Diskussion darüber beginnen, welche praktischen Konsequenzen für die Entwicklungspolitik der nächsten Jahre auf der jetzt gewonnenen breiten gemeinsamen Basis zu ziehen sind. Die verantwortlichen Politiker aller Parteien werden sich fragen lassen müssen, welches Maß an Auseinandersetzung mit ihren Wählern sie persönlich einzugehen bereit sind, und welche Kräfte zur Unterstützung ihre Politik mobilisieren wollen.

Um am Nerv zu bleiben: Wer Entwicklungshilfe durch Welthandel ersetzen will und deshalb Neuordnung des Welthandels fordert, wer protektionistische Behinderungen, wer tarifäre und nichttarifäre Handels Hindernisse in den Industrieländern abbauen will, wer die Beseitigung von Zollmauern fordert, wer die Agrareinfuhren aus Entwicklungsländern steigern und Fabriken in Entwicklungsländer verlagern will, der muß auch bereit sein, der Öffentlichkeit, unseren Gewerkschaften und Landwirten gegenüber ebenso wie den Unternehmens-Lobbyisten strukturschwacher Branchen klipp und klar zu erklären, zu welchen Einschränkungen wir im Interesse einer weltweiten Partnerschaft bereit sein müssen. Politische Versätze sind deshalb erst so gut, wie es die eigenen Interessenvertreter zulassen.

Die CDU/CSU wird sich daran gewöhnen müssen, daß die Verabschiedung ihrer Leitlinien für sie nicht das Ende einer langwierigen Arbeit, sondern erst der Beginn einer harten entwicklungspolitischen Auseinandersetzung mit den eigenen Parteiflügeln werden wird. Zu dieser Auseinandersetzung kann man ihr nur alles Gute wünschen. (-/14.2.1975/ri/ee)

+       -       +

(Siehe dazu die Dokumentation in dieser Ausgabe)

Klares CDU-Konzept: Heute so, morgen so

Die Beschlüsse der Union stören den Berufsbildungsexperten Dr. Gölter wenig

Der Berufsbildungsexperte der CDU, Dr. Georg Gölter MdB, hat ein simples Agitationsschema entwickelt: Er koppelt einen tiefgründigen Allgemeinplatz, dem niemand widersprechen kann - Beispiel: "Berufliche Bildung ist eine Einheit von Betrieb und Schule, ergänzt je nach Notwendigkeit durch überbetriebliche Einrichtungen" -, mit einem frei erfundenen Horrortablett, auf das er lustvoll eindreschen kann. Beispiel: "Die Ausbildung im Betrieb darf nicht durch Atomisierung zerstört oder unmöglich gemacht werden." Dies erspart dem CDU-Politiker allzu große Rücksichtnahme auf Positionen, die seine Partei gerade unter seinem maßgeblichen Einfluß vor noch nicht ganz zwei Jahren 1973 auf dem rheinland-pfälzischen Landesparteitag und dem Hamburger Bundeskongreß der CDU in einem Anfall von Reformlust eingenommen hatte.

So fürchtet Berufsbildungsexperte Gölter 1975, "daß die Auswirkungen einer umfassenden Finanzierungsregelung derzeit nur schwer zu übersehen sind". Aus welchen Gründen sollten sie gestern oder Übermorgen besser zu übersehen sein? 1973 hatte denn auch die CDU noch befunden: "Die jetzige Form der Finanzierung der außerschulischen Berufsbildung durch die ausbildenden Betriebe führt zu Ungerechtigkeiten und Strukturverzerrungen." Just das soll das neue Berufsbildungsgesetz gerechter ordnen. 1975 läuft Berufsbildungsfachmann Gölter mit dem Agitationakknüppel über Land, die Sozialdemokraten wollten die berufliche Bildung "verstaatlichen". 1973 hatte Gölter mit Bekennermut verkündet: "Wir sagen ja zu einer klaren, staatlichen Kontrolle."

1975 befindet Gölter: "Es ist Unfug, auf Landesebene eine Landesanstalt für berufliche Bildung zu konstruieren, die alles bisher in den Ländern Dagewesene zwangsläufig übertreffen müßte." 1973 beschloß die rheinland-

pfälzische CDU: "Die Zuständigkeit auf Landesebene wird einer Landesanstalt für berufliche Bildung übertragen. Die Landesanstalt kann auf regionaler Ebene Außenstellen errichten .... Der Verwaltungsrat der Landesanstalt setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Lehrer an berufsbildenden Schulen zusammen .... Die Landesanstalt nimmt die Akkreditierung der Ausbildungsbetriebe auf Vorschlag der Kammern vor .... Der Verwaltungsrat der Landesanstalt beschließt im Rahmen der geltenden bundes- und landesrechtlichen Vorschriften über die für den Bereich der betrieblichen Berufsausbildung geltenden Ordnungen und Richtlinien."

Inzwischen jedoch hat der CDU-Experte Gölter umgesteckt: "Ein neues Berufsbildungsgesetz darf nicht zu einer Verordnungs- und Organisationsorgie werden." Damit wendet er sich gegen den Versuch der Sozialdemokraten, die heutige organisierte Fülle und das Nebeneinander von Ausschüssen, Gremien und zersplitterten Kompetenzen neu zu ordnen. Und wenn Sozialdemokraten öffentliche Verantwortung und die Mitbestimmung der Beteiligten in der Berufsbildung miteinander verbinden wollen, dann kann nach Gölter's Ansicht plötzlich "in der Kammer selbst nichts mehr gegen den Willen der Arbeitnehmersseite beschlossen und durchgeführt werden". Und das, obwohl er selbst die Ausschüsse einmal drittelparitätisch besetzt haben wollte. Ist ihm der Brief der fünf Wirtschaftverbände derart in die Knochen gefahren, daß er binnen 18 Monaten eben das, was er selbst einmal für richtig hielt, scheut wie der Teufel das Weihwasser?

Gölter's Verrenkungen sind erschreckend opportunistisch. Vielleicht interessiert ihn aber was der stellv. CDU-Vorsitzende Hans Katzer, als Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Träger der ehrenvollen Aufgabe, sich und die von ihm vertretenen Arbeitnehmerinteressen ständig publikumswirksam unterbuttern zu lassen, zu den neuen Ansichten seiner Partei meint: "Mit einer gewissen Bitterkeit muß ich jetzt feststellen, daß viele Leute so tun, als hätte es diesen (Hamburger CDU-) Parteitag und seine Beschlüsse nie gegeben .... Dies kann und darf sich die CDU nicht gefallen lassen."

Seit den Kölner Leitsätzen von 1945 und dem Ahlener Programm hatten CDU-Programme freilich immer nur eine Aufgabe: So schnell wie möglich durch die tatsächliche Politik der Partei widerlegt zu werden. CDU-Programme sind Leimruten zum Stimmenfang. Wenn es zum Schwarz kommt, tanzt die Partei allemal nach der Pfeife ihrer starken Männer und vor allem einflußreicher Wirtschaftsverbände.

Peter Otten  
(-/14.2.1975/ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Presseblattes

CDU-Entwicklungspolitik schwenkte auf Regierungskurs um

Die Entwicklungspolitische Kommission der CDU veröffentlichte am 13. Februar 1975 ihren Entwurf für die "Entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU". Dazu erklärte der CDU-MdB Dr. Todenhöfer: "In vielen entscheidenden Punkten schlägt die Kommission neue Wege in der Entwicklungspolitik vor." In der "Süddeutschen Zeitung" stand am 17. Oktober 1974: "Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagafraktion, Jürgen Gerhard Todenhöfer, vertritt die Ansicht, die Bundesregierung betreibe gegenwärtig 'zumindest verbal' die Entwicklungspolitik der CDU."

Die folgende Synopse zeigt, wie sorgfältig die CDU die praktische Politik der Regierung analysiert und verarbeitet hat:

**Bundesregierung**

☛ Konzeption der Bundesregierung: "Die Bundesregierung strebt ... die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Entwicklungsländer in einem System weltweiter Partnerschaft an."

Konzeption der Bundesregierung: "Die Bundesregierung versucht nicht, den Partnerländern politische sowie gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vorstellungen aufzudrängen."

☛ Minister Bahr am 6.10.1974 in Herne: "Alle Industrieländer haben den Entwicklungsländern lediglich Modelle anzubieten;... der Anspruch, ein Rezept für alle zu haben, könnte leicht zu einer Vergewaltigung neuen Typs führen. Das Entscheidende werden die Völker der jungen Staaten selbst zu leisten haben."

Minister Bahr am 6.10.1974 in Herne: "Laßt uns mehr von Partnerschaft, von Zusammenarbeit und von Gleichberechtigung sprechen!"

Konzeption der Bundesregierung: "Sie taugt nicht als Instrument kurzfristiger außenpolitischer Erwägungen."

Minister Bahr am 9.2.1975 in der Frankfurter Rundschau: "Das bedeutet, daß wir bewußt ja sagen müssen zur Verlagerung von Fertigungen, die woanders rentabler und billiger hergestellt werden können."

**Opposition / CDU-Leitlinien**

"Die deutsche Entwicklungspolitik will zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer und zur fairen Partnerschaft zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern beitragen."

"Sie (vertrauensvolle Zusammenarbeit) kann nur entstehen bei gegenseitiger Achtung der unterschiedlichen kulturellen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten und Ziele."

"Die Hauptverantwortung für ihre Entwicklung tragen die Entwicklungsländer selbst... Die Industrieländer müssen darauf verzichten, den Entwicklungsländern ihre Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsmodelle von außen aufzudrängen zu wollen."

"Die Entwicklungsländer müssen gleichberechtigte Partner werden."

"Entwicklungshilfe ist kein Instrument außenpolitischer Tagespolitik."

"Langfristig ist vor allem in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufrechterhaltung oder Steigerung des Wohlstandes nur durch eine noch stärkere Spezialisierung auf technisch hochstehende Produkte möglich."



Staatssekretär Brück vor der Außenpolitischen Konferenz der SPD am 17.1. 1975: "Die Öffnung unserer Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern muß rascher vorangehen ... Wenn man von der Öffnung der europäischen Märkte spricht, dann kann man natürlich den Bereich der Landwirtschaft nicht ausschließen."

Minister Behr am 23.8.1974 im Hessischen Rundfunk: "Zunächst einmal bin ich der Auffassung, daß natürlich auch die Entwicklungsländer davon profitieren, wenn die Bundesregierung eine harte Stabilitätspolitik führt."

Minister Behr am 17.8.1974 in der "Neuen Hannoverschen Presse": "Wir werden... uns auf wichtige Punkte konzentrieren. Und dabei wird die Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder noch größeres Gewicht erhalten."

Minister Behr am 25.1.1975 im WDR/NDR: "Ich halte es für richtig, die Mittel, die uns zusätzlich zur Verfügung stehen werden in den kommenden Jahren, vor allem für bilaterale Projekte zu verwenden. Und zwar aus folgendem Grunde: Sie gehen oft schneller in der Verwirklichung."

Konzeption der Bundesregierung: "Die deutsche Entwicklungspolitik wird sich stärker als bisher darauf richten, den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander zu verstärken."

Staatssekretär Brück im September 1974 in "epi": "Eine Zusammenarbeit (in der Bevölkerungspolitik) würde allerdings entsprechende Anträge der Länder voraussetzen, da wir von uns aus mit solchen Vorschlägen nicht an die Regierung der Dritten Welt herantreten werden."

Konzeption der Bundesregierung: "Die Bundesregierung hält einen gesteigerten Beitrag der nichtstaatlichen gesellschaftlichen Gruppen für wünschenswert."

"Die Bundesrepublik Deutschland muß besonders innerhalb der Europäischen Gemeinschaft dafür eintreten, daß tarifäre und nichttarifäre Handelshindernisse abgebaut werden... In der Liberalisierung des Handels müssen künftig in stärkerem Maße auch Agrarprodukte und sensible Waren einbezogen werden."

"Von besonderer entwicklungspolitischer Bedeutung ist eine entschlossene Stabilitätspolitik der Industrieländer und der Entwicklungsländer."

"Diese Länder (der 'Vierten Welt') müssen in Zukunft stärker im Mittelpunkt der deutschen Entwicklungshilfe stehen."

"Im Verhältnis zur multilateralen Entwicklungshilfe hat die bilaterale Hilfe für die Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft vorrangige Bedeutung. Sie ist häufig schneller, einfacher und billiger."

"Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander... muß besonders gefördert werden."

"Die Bundesrepublik Deutschland sollte, wenn die Regierung eines Entwicklungslandes ihre direkte Unterstützung erbittet, bevölkerungspolitische Maßnahmen auch bilateral fördern."

"Die gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland sollten daher einen wesentlichen Teil der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland aktiv mitgestalten."

(-/14.2.1975/ks/ee)

+ + +